



Inhalt

dbb Chef Silberbach bei komba Gewerkschaftstag

[Funktionierender Staat: „Politik muss wach werden!“](#)

Jahresbericht des Normenkontrollrats

[Kein zukunftsfester Staat ohne leistungsfähige Verwaltung](#)

dbb Bundeshauptvorstand verabschiedet Resolution

[Gesundheit: Klare Absage an Einheitsversicherung](#)

dbb senioren

[Kein Einspruch wegen möglicher Doppelbesteuerung
notwendig](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

[Gutachten zur Besoldung: Landesregierung verstößt gegen
Grundgesetz](#)

Schleswig-Holstein

[Besoldung: Falsche Signale von der Landesregierung](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Deutsche Bahn: Tarifkonflikt beendet, Betriebsrenten gesichert](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Financial Intelligence Unit \(FIU\) braucht politischen Rückhalt](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Klima- und Demokratie-Debatte an Schulen vernetzt lehren und
lernen](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[Technische Voraussetzungen für digitale Bildungsformate
schaffen](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Bundesweite Aktionstage „Zu Fuß zur Schule und zum
Kindergarten“](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb Chef Silberbach bei komba Gewerkschaftstag Funktionierender Staat: „Politik muss wach werden!“

Die Politik muss wach werden und mit Investitionen in den öffentlichen Dienst einen funktionierenden Staat garantieren, fordert dbb Chef Silberbach.

„Wenn unser Land nicht in eine massive Vertrauenskrise zwischen dem Staat und den Menschen, die in ihm leben, schliddern soll, muss die Politik endlich wach werden und mit ebenso kräftigen wie nachhaltigen Investitionen in den öffentlichen Dienst die Funktionsfähigkeit des Staates sicherstellen“, machte dbb Chef Ulrich Silberbach beim Gewerkschaftstag der komba gewerkschaft am 10. September 2021 in Berlin eindringlich klar. „Das Vertrauen der Bevölkerung in die Leistungsfähigkeit des Staates ist dramatisch zurückgegangen. Die andauernde Bewältigung der Corona-Krise ist sicher der Hauptgrund, aber auch bei Themen wie Klima-, Umwelt- oder Katastrophenschutz sehen die Menschen den Staat häufig überfordert. Wenn innerhalb eines Jahres die Zahl derer, die in die Handlungsfähigkeit des Staates vertrauen um über 10 Prozent sinkt, dann kann und sollte uns das nicht kalt lassen“, nahm der dbb Bundesvorsitzende Bezug auf die Ergebnisse der jüngsten dbb Bürgerbefragung. „Es bedarf jetzt einer klaren Analyse und eindeutiger Pläne, die Handlungsfähigkeit des Staates zu stärken, zu modernisieren und für die Zukunft zu gestalten – und zwar nicht nur für die Jahre bis zur nächsten Bundestagswahl, sondern auch darüber hinaus. Ansonsten erodieren Vertrauen in den Staat und sozialer Frieden“, warnte Silberbach.

Zwar spiegelten „sämtliche Wahlprogramme, die wir in den vergangenen Wochen gesichtet haben, die Bedeutung des öffentlichen Dienstes und die besonderen Herausforderungen durch den demografischen Wandel wider“, räumte der dbb Chef ein, aber „wir müssen jetzt endlich mal ins Tun kommen“. Insbesondere die schleppende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung sei ein massiver Hemmschuh. Die Politik beschäftige sich zu intensiv mit technischen Fragen, „anstatt sich einfach einmal an den Menschen in der Verwaltung zu orientieren, die genau wissen, was wo wie benötigt wird“. Auch für die Nachwuchsgewinnung sei eine umgehende Modernisierung der Arbeitsbedingungen alternativlos, betonte Silberbach – in den kommenden zehn Jahren

müssten mehr als eine Million Beschäftigte, die in den Ruhestand gehen, ersetzt werden, hinzu komme der strukturelle Personalmangel im sechsstelligen Bereich. „Wenn wir als öffentlicher Dienst auch in Zukunft noch ein attraktiver Arbeitgeber und Ausbilder sein und Menschen für den Staatsdienst gewinnen wollen, dann müssen wir uns nicht nur um den Nachwuchs kümmern, sondern ihm auch Rahmenbedingungen schaffen, mit denen die aktuellen Herausforderungen bewältigt werden können.“

Der Gewerkschaftstag der komba gewerkschaft fand am 10./11. September 2021 unter dem Motto „Fortschritt braucht Veränderung – Handeln.Wir.Jetzt“ in Berlin statt. Die komba organisiert als Fachgewerkschaft des dbb beamtenbund und tarifunion rund 90.000 Beschäftigte der Kommunen, des Landesdienstes und der privatisierten Dienstleistungsunternehmen auf Kommunal- und Landesebene.

Auf dem Gewerkschaftstag stand auch die komba Bundesspitze zur Wahl. Andreas Hemsing wurde mit 99,19 Prozent der Stimmen im Amt als Bundesvorsitzender bestätigt. „Fortschritt braucht Veränderung. Veränderung erfordert Rückhalt. Mit dem Rückenwind der gesamten Organisation wenden wir uns an die Arbeitgeber und Dienstherrn. Wir werden nachdrücklich die notwendigen Verbesserungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst einfordern“, sagte Hemsing.

Komplettiert wird die Bundesleitung durch Christoph Busch (komba nordrhein-westfalen) als zweiten Bundesvorsitzenden. Als stellvertretende Bundesvorsitzende gewählt wurden: Adalbert Abt (komba bayern), Sandra Müller (komba rheinland-pfalz), Kai Tellkamp (komba schleswig-holstein) und Sandra van Heemskerck (komba nordrhein-westfalen). Die Vorsitzende der komba jugend Isabell Markus ergänzt den Vorstand als gesetztes Mitglied.

Jahresbericht des Normenkontrollrats Kein zukunftsfester Staat ohne leistungsfähige Verwaltung

Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) hat seinen Jahresbericht 2021 vorgestellt. Der dbb sieht sich durch die Befunde in seinen Forderungen zur Verwaltungsmodernisierung bestätigt.

„Die kommende Bundesregierung muss die Reformbemühungen auf allen Ebenen des Staatswesens verstärken. Dabei geht es nicht nur um bessere Organisation, Digitalisierung und Rechtsetzung. Ganz zentral wird eine wirklich zukunftsweisende Personalpolitik mit einem starken Fokus auf permanente Weiterbildung und Qualifizierung sein“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 16. September 2021 anlässlich der Vorstellung des NKR-Jahresberichts mit dem Titel „Zukunftsfester Staat – weniger Bürokratie, praxistaugliche Gesetze und leistungsfähige Verwaltung“.

Die Krisen der vergangenen Jahre, wie zuletzt die Corona-Pandemie, hätten die gesellschaftliche Bedeutung der Digitalisierung und eines

funktionsfähigen Staates abermals unterstrichen. „Gleichzeitig wurden uns dadurch leider die Versäumnisse der letzten Jahre schonungslos vor Augen geführt“, so der dbb Chef. „Diese Fehler dürfen nicht wiederholt werden. Staat und Verwaltung benötigen jetzt einen grundlegenden Digitalisierungs- und Modernisierungsprozess. Das werden wir auch nach der Wahl deutlich einfordern, wie auch immer die neue Bundesregierung zusammengesetzt sein wird.“

Mehr zum NKR-Jahresbericht und den dbb Forderungen an die kommende Bundesregierung auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

dbb Bundeshauptvorstand verabschiedet Resolution Gesundheit: Klare Absage an Einheitsversicherung

Der dbb hat seine klare Absage an eine wie auch immer modellierte Einheitsversicherung im Gesundheitssystem bekräftigt und warnt vor ideologischen Neiddebatten.

„Die Idee der so genannten ‚Bürgerversicherung‘ wird nicht besser – auch wenn man sie wie SPD, Grüne und Linke seit Jahren und derzeit natürlich auch im Bundestagswahlkampf in Leierkasten-Manier wieder und wieder aufs Tapet bringt“, stellte dbb Chef Ulrich Silberbach vor dem dbb Bundeshauptvorstand am 14. September 2021 in Dortmund klar. „Das Letzte, was dieses Land jetzt braucht, sind eine ideologische Neiddebatte zwischen gesetzlich und privat Versicherten und ein neues monströses Sicherungssystem, das nichts besser, sondern vieles schlechter macht“, so der dbb Bundesvorsitzende. Einer Zwangseinheitsversicherung stelle sich der dbb daher auch weiterhin ganz entschieden entgegen.

Friedhelm Schäfer, Zweiter dbb Vorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik, ergänzte: „Blinde Gleichmacherei verkennt die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit eigenständiger Sicherungssysteme insbesondere für die Beamtinnen und Beamten in Deutschland. Beihilfe und Heilfürsorge gehören mit Besoldung und

Versorgung zum Gesamtpaket der Alimentation durch den Dienstherrn. Dieses mit dem Status zwingend und aus guten Gründen verbundene attraktive Modell allein ist es, was die Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes mit der Wirtschaft im Wettbewerb um beruflichen Nachwuchs gewährleistet und das unabdingbare besondere Dienst- und Treueverhältnis, in dem die Beamtinnen und Beamten stehen, nachhaltig festigt.“ Wer hieran Hand anlege, gefährde Stabilität und Funktionsfähigkeit des Staatsdienstes, warnte Schäfer.

Der Bundeshauptvorstand, nach dem alle fünf Jahre stattfindenden dbb Gewerkschaftstag das höchste Beschlussgremium des Dachverbands, verabschiedete eine entsprechende Resolution. Darin heißt es wörtlich: „Deutschland hat eines der umfassendsten Gesundheitssysteme weltweit. Egal ob fachärztliche Versorgung, neueste medizinische und technische Verfahren oder sofortige und lückenlose Notfallversorgung auch in der Fläche: In Deutschland haben alle Bürgerinnen und Bür-

ger – unabhängig von ihren ökonomischen Mitteln – einen gleichberechtigten Zugang zu einem gemeinsamen Versorgungssystem von Krankenhäusern und Ärzten. Die vermeintliche Gerechtigkeitsfrage, die mit der Diskussion um die Einführung einer so genannten Bürgerversicherung aufgeworfen wird, stellt sich dem Grunde nach gar nicht bzw. bleibt auch im System einer so genannten Bürgerversicherung ungelöst:

Einheitssysteme fördern die Rationierung von Leistungen, und der Zugang zu Spitzenmedizin organisiert sich außerhalb des Einheitssystems; Preis- und Leistungsentwicklung werden nicht mehr durch Wettbewerb positiv beeinflusst; Der erhebliche Beitrag der PKV zur Finanzierung des medizinischen Fortschritts wird dem Gesundheitssystem entzogen; Um das Versorgungsniveau halten zu können, werden Beitragssteigerungen unumgänglich sein; Die Einführung eines Einheitssystems führt zu hohen Arbeitsplatzverlusten.“

dbb senioren

Kein Einspruch wegen möglicher Doppelbesteuerung notwendig

Der Bundesfinanzhof (BFH) hatte am 31. Mai 2021 zwei Urteile zur möglichen Doppelbesteuerung von Rentnerinnen und Rentnern vorgelegt. In beiden Verfahren wurden die Revisionen der Kläger als unbegründet zurückgewiesen.

Gleichzeitig machte der BFH deutlich, dass er Doppelbesteuerungen für zukünftige Rentnerinnen und Rentner nicht ausschließen könne. Die Klagen sind nunmehr beim Bundesverfassungsgericht anhängig.

Mittlerweile hat das Bundesfinanzministerium im Einvernehmen mit den obersten Landesfinanzbehörden einen sogenannten Vorläufigkeitsvermerk hinsichtlich der Besteuerung von Renten erlassen. Demnach müssen derzeit keine Einsprüche gegen Steuerbescheide wegen einer etwaigen Doppelbesteuerung eingelegt werden, da der Steuerbescheid in diesem Punkt offenbleibt.

Der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung Horst Günther Klitzing weist darauf hin, dass Steuerpflichtige darauf achten sollten, dass Steuerbescheide diesen Hinweis enthalten. „Die Entscheidung der Finanzbehörden ist richtig, sie erleichtert den Umgang aller Beteiligten mit der komplexen Materie“, so Klitzing. Allerdings sollten Rentnerinnen und Rentner nicht zu viel erwarten, denn „schon der BFH hat darauf hingewiesen, dass insbesondere zukünftige Rentnergenerationen betroffen sein werden“. Zudem seien zum Beispiel eher Selbstständige betroffen, die freiwillig in die GRV eingezahlt beziehungsweise hohe Erwerbseinkommen bezogen haben.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

Gutachten zur Besoldung: Landesregierung verstößt gegen Grundgesetz

Als Folge von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts soll es in Thüringen ein „Gesetz zur Gewährung einer verfassungsgemäßen Alimentation“ geben. Doch auch mit der Reform würde die Besoldung der Beamtinnen und Beamten weiterhin gegen das Grundgesetz verstoßen, heißt es in einem Gutachten des Rechtswissenschaftlers Ulrich Battis.

Der beamtenbund und tarifunion thüringen (tbb) hatte das Gutachten in Auftrag gegeben und nun am 9. September 2021 auf seiner [Internetseite](#) veröffentlicht. Battis stellt darin nicht nur fest, dass die Besoldungspolitik der Lan-

desregierung bereits seit Jahren „unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten äußerst bedenklich“ sei. Auch der Gesetzentwurf zur Reform der Besoldung genüge den verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht. „In diesem Sinne reiht

sich der vorliegende Gesetzentwurf in die Besoldungsgesetzgebung der letzten Jahre ein. Dabei wäre es gerade im Hinblick auf die nunmehr offen eingeräumte Verletzung – um nicht zu sagen: Missachtung – des Anspruchs auf eine amtsangemessene Alimentation geboten,

durch eine grundlegende Neuausrichtung der Besoldungspolitik den Beamten, Richtern und Staatsanwälten endlich wieder die verdiente Absicherung und Wertschätzung zu gewähren. Diesem Anspruch wird der vorliegende Gesetzentwurf nicht gerecht.“

Schleswig-Holstein

Besoldung: Falsche Signale von der Landesregierung

Die von Finanzministerin Monika Heinold geplanten Maßnahmen, mit denen die Besoldung in Schleswig-Holstein verfassungskonform ausgestaltet werden soll, sind für den dbb Landesbund nicht überzeugend.

So sollen finanzielle Besserstellungen nahezu ausschließlich auf bestimmte Familienkonstellationen begrenzt werden. Damit werde das Abstandsgebot ausgehebelt und das Leistungsprinzip ad absurdum geführt. „Nachdem die Beamtinnen und Beamten bereits bei der Arbeitszeit, beim Urlaubsgeld und beim Weihnachtsgeld schlechter gestellt sind als der Durchschnitt aller Beschäftigten, sollen erneut falsche Signale gesetzt werden, um einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst sicherzustellen und auf den Fachkräftemangel zu reagieren“, kritisierte der Vorsitzende des dbb schleswig-holstein Kai Tellkamp am 9. September 2021.

Aus Sicht der Finanzministerin wird mit dem Gesetzesvorhaben der einzig mögliche Weg gegangen, um den vom Bundesverfassungsgericht formulierten Anforderungen an die Beamtenbesoldung gerecht zu werden. Für den dbb handelt es sich dagegen um den billigsten von mehreren möglichen Wegen. Angemessen sei eine Besserstellung aller Beamtinnen und Beamten, so dass das Vorhandensein einer Familie gar nicht erst zur Verfassungswidrigkeit der Besoldung führt. Dies werde man auch im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens weiterhin deutlich machen, so Tellkamp.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Deutsche Bahn: Tarifkonflikt beendet, Betriebsrenten gesichert

Der Tarifkonflikt zwischen der GDL und der Deutschen Bahn (DB) ist beigelegt. Die Tarifpartner einigten sich auf einen Abschluss, der eine Vielzahl von Verbesserungen bei den Entgelt- und Arbeitszeitbedingungen der Beschäftigten enthält.

An der Beilegung des Konflikts haben auch die Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Niedersachsen, Daniel Günther (CDU) und Stephan Weil (SPD), mitgewirkt. Der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky dankte den beiden Politikern bei der Vorstellung des Tarifabschlusses für ihr konstruktives und lösungsorientiertes Engagement.

Weselsky betonte: „Wir haben versprochen die Zusatzversorgung zu erhalten – und das haben wir getan: Die Betriebsrente ist sicher.“ Die nun erzielte Einigung sieht vor, dass der Zusatzversorgungstarifvertrag wieder in Kraft gesetzt wird. Das bedeutet eine Betriebsrente für alle Eisenbahnerinnen und Eisenbahner, die bis zum 31. Dezember 2021 eingestellt werden

– garantiert ein Arbeitsleben lang. Wer im Jahr 2022 bei der Bahn anfängt, bezieht von Beginn an 3,3 Prozent im DEVK-Pensionsfonds und kommt so auch in den Genuss einer vernünftigen Betriebsrente.

Wesentliche Ergebnisse der Tarifverhandlungen sind zudem im Dezember 2021 eine Entgelterhöhung um 1,5 Prozent sowie eine Corona-Beihilfe (600 Euro für Arbeitnehmende mit mittleren Einkommen, 400 Euro für Arbeitnehmende mit höheren Einkommen). Im Januar 2022 werden sämtliche Erschwerniszulagen für Handwerkende und Werkstattmitarbeitende um zwölf Prozent erhöht. Im März 2022 werden abermals Corona-Beihilfe von 400 Euro für alle Arbeitnehmenden gezahlt. Im

März 2023 erfolgt dann abermals eine Entgelterhöhung um 1,8 Prozent. Die Laufzeit des Tarifvertrages endet am 31. Oktober 2023.

Mit dem Tarifabschluss sind keine Einschränkungen für die Tarifierung weiterer Eisenbahnerinnen und Eisenbahner verbunden. „Bei entsprechender Mitgliederstärke werden wir auch für die Kollegen auf den Stellwerken, in

den Bahnhöfen und in der Instandhaltung der Netzbetriebe bessere Tarifverträge abschließen“, so Weselsky. „Damit konnte auch in einer wirtschaftlich angespannten Situation des DB-Konzerns ein angemessener Tarifabschluss erzielt werden. Aus Sicht der GDL wäre dies bereits im April möglich gewesen. Den Reisenden wären damit Streiks erspart geblieben.“

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) **Financial Intelligence Unit (FIU) braucht politischen Rückhalt**

Nach der Durchsuchung der Bundesministerien für Finanzen und Justiz durch die Staatsanwaltschaft Osnabrück im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Financial Intelligence Unit - FIU) hat der BDZ mehr politischen Rückhalt für die Zoll-Beschäftigten gefordert.

Die Staatsanwaltschaft hatte zuvor mitgeteilt, dass sie seit 2020 gegen die FIU ermittle, weil – durch Banken gefertigte – Geldwäsche-Verdachtsmeldungen in Millionenhöhe durch die Spezialeinheit nicht an Polizei und Justiz weitergeleitet worden sein. Der BDZ wies in diesem Zusammenhang am 10. September 2021 darauf hin, dass es keine Beweise für ein persönliches Verschulden Einzelner noch für aktuelle organisatorische oder strukturelle Probleme bei der FIU gebe. Diese Klarstellung habe man seitens des Bundesfinanzministeriums (BMF) vermisst. Generell hätten die politisch Verantwortlichen im BMF den betroffenen Beschäftigten seit der Neuerrichtung der FIU öffentlich nicht den Rücken gestärkt hätten.

Der BDZ tritt weiterhin dafür ein, dass die FIU als fachlich eigenständige und insoweit weisungsunabhängige „Intelligence-Behörde“ umfassend gestärkt wird, und wirbt nachdrücklich dafür, dass die Bundesregierung die erforderlichen Rahmenbedingungen dafür schafft. Um die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung insgesamt nachhaltig zu stärken und den weiterhin zu erwartenden kontinuierlich ansteigenden Meldungseingang bei der FIU wirksam zu bewältigen sei es zwingend erforderlich, die Behörde fachlich weiter auszubauen und die risikobasierte Arbeitsweise im Geldwäschegesetz zu verankern.

Deutscher Philologenverband (DPPhV) **Klima- und Demokratie-Debatte an Schulen vernetzt lehren und lernen**

„Gerade in der jüngsten Vergangenheit konnten wir feststellen, dass komplexe und hoch vernetzte Themen vereinfacht und vereinzelt diskutiert werden“, kritisierte die DPPhV Chefin Susanne Lin-Klitzing insbesondere mit Blick auf die Zusammenhänge zwischen den beiden globalen Herausforderungen Klima und Demokratie.

„So können und werden wir die Herausforderungen der Zukunft nicht meistern“, machte Lin-Klitzing am 16. September 2021 deutlich. Vielmehr gehe es vor allem am Gymnasium mit seinem wissenschaftspropädeutischen Auftrag darum, bedeutsame Themen in ihrer Komplexität und Vernetzung zu begreifen und zu verstehen. Auf diese Weise sollen Schülerinnen und Schüler zum Weiterdenken und konkreten Handeln befähigt und ermutigt werden. Dabei sei klar, so die DPPhV Bundesvorsitzende, dass diese Art der Auseinandersetzung

zunächst einmal mühsam und schwer sei. Aber zum einen würden durch eine stark vereinfachte Behandlung der Themen den Schülerinnen und Schülern Einsichten verwehrt, die doch zum Verständnis und zu begründeter eigener Meinungsbildung nötig seien. Zum anderen befänden sich an den Gymnasien kluge, leistungsbereite Schülerinnen und Schüler und bestens ausgebildete Lehrkräfte und damit hervorragende Voraussetzungen, die schweren Themen unserer Zeit angemessen – und nicht künstlich vereinfacht – zu behandeln.

Susanne Lin-Klitzing: „Ich wünsche mir an manchen Stellen in Politik und Gesellschaft mehr Vertrauen in die Leistungsfähigkeit unserer Gymnasien und entsprechend mehr Rückendeckung, schwere Themen auch wirklich

im Unterricht anzupacken, statt sie fast entstellend zu vereinfachen und damit den Schülerinnen und Schülern nur scheinbar entgegenzukommen.“

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) Technische Voraussetzungen für digitale Bildungsformate schaffen

Nur ein Drittel der Deutschen hat Zutrauen in das Schulsystem bei der Vermittlung digitaler Kompetenzen. Das zeigt eine Umfrage im Auftrag der Initiative D21 und die Technischen Universität München. Der VDR fordert von der Politik die technischen und strukturellen Voraussetzungen für digitale Bildungsformate schaffen.

„Die Einschätzung des Standes der Bildung mit digitalen Mitteln in Zeiten der Pandemie ist mit Sicherheit sehr subjektiv und muss differenziert betrachtet werden. Je nach Struktur, Bundesland und Schulart gibt es auch hervorragende Beispiele digital gestützten Unterrichts“, sagte der VDR Bundesvorsitzende und dbb Vize Jürgen Böhm am 9. September 2021.

Die Hauptthemenisse lägen nach wie vor in der Verfügbarkeit der digitalen Netze in der

Fläche und in der Verfügbarkeit arbeitsfähiger digitaler Endgeräte außerhalb der Schulen. „Ein vorhandenes Smartphone außerhalb einer pädagogischen Netzwerkstruktur macht längst noch keine digitale Bildung“, so Böhm. „Wenn diese digitalen Grundstrukturen und vor allem auch die Rechtssicherheit im Umgang mit pädagogisch nutzbaren Tools nicht sichergestellt werden, kann man sich jegliche Schuldzuweisungen in Richtung der Lehrkräfte sparen.“

Verband Bildung und Erziehung (VBE) Bundesweite Aktionstage „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“

Am 20. September 2021 beginnen bundesweit die Aktionstage „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“, zu denen der Verband Bildung und Erziehung (VBE) gemeinsam mit dem ökologische Verkehrsclub VCD und dem Deutschen Kinderhilfswerk (DKHW) aufruft. Unter dem Motto „Es geht auch ohne Elterntaxi!“ werden Kinder im Aktionszeitraum vom 20. September bis 1. Oktober ihren Weg zur Schule oder zum Kindergarten zu Fuß, mit dem Roller oder dem Fahrrad zurücklegen.

Kein Sportunterricht, kein Vereinstraining, kein Freizeitsport mit Freund*innen – und das über Monate. Durch die COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Infektionsschutzmaßnahmen haben sich Kinder und Jugendliche in den vergangenen Monaten noch weniger bewegt als vor der Pandemie. Mit den Aktionstagen „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“ wollen die beteiligten Verbände daher erreichen, dass die Kinder nun möglichst viele Wege aktiv an der frischen Luft zurücklegen: zu Fuß, auf dem Rad oder mit dem Roller – auch ohne „Elterntaxi“ geht.

Britta Ernst, Präsidentin der Kultusministerkonferenz und Schirmherrin der Aktionstage: „Mit

den Aktionstagen „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“ wollen wir den Weg zu Bildungseinrichtungen sicherer machen. Ob zu Fuß, mit dem Rad oder dem Tretroller: Wichtig ist, dass Kinder Selbstvertrauen und Selbstständigkeit im Straßenverkehr erlangen. Sie lernen, ihre Umwelt bewusster wahrzunehmen und auf sie zu reagieren. Die Akzeptanz der Eltern und das Vertrauen in ihre Kinder wachsen.“

Namen und Nachrichten

Die Tarifeinigung für die Beschäftigten der Rettungsdienst im Landkreis Oder-Spree GmbH steht. Am 8. September 2021 fand der siebte und letzte Termin dieser Verhandlungsrunde zwischen **dbb** (verhandelnd für seine Fachgewerkschaft kombi) und der Geschäftsführung des Rettungsdienstes statt. Nach mehreren intensiven Verhandlungsrunden konnte für die Beschäftigten des Rettungsdienstes ein erfolgreicher Abschluss erzielt werden. Unter anderem wurden folgende Punkte erreicht: Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf durchschnittlich 39,5 Stunden ab dem 1. Januar 2022; Sicherung des 24h-Dienstes und eine tarifvertragliche Regelung zur Vergütung der Umkleide- und Übergangszeiten; Erhöhung des Zuschlags für das Holen aus dem Frei auf 30 Prozent; Erhöhung der pauschalen Reisekosten auf 20 Euro pro Dienst; Verbesserte Regelungen zum Jubiläumsgeld. Der neue Tarifvertrag tritt bereits zum 1. Oktober 2021 in Kraft. Im Juni 2022 sollen erneut Tarifverhandlungen aufgenommen werden, um den seit

2012 bestehenden Haustarifvertrag weiterzuentwickeln.

Die Journalistin Gundula Gause übernimmt Schirmherrschaft beim „Deutschen Lehrpreis – Unterricht innovativ“ für die Wettbewerbsrunde 2021 des vom **Deutschen Philologenverband** (DPhV) und der Heraeus Bildungsstiftung verliehenen Preises. Die DPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing sagte dazu am 14. September 2021: „Ich kenne Frau Gause bereits von den Preisverleihungen der Hochschullehrerpreise. Beate Heraeus und ich schätzen ihr Engagement für anspruchsvolle, sach- und menschengerechte Bildung und freuen uns sehr, dass sie die Schirmherrschaft für den „Deutschen Lehrpreis – Unterricht innovativ“ übernommen hat.“ Gundula Gause ist Trägerin des Bundesverdienstkreuzes am Bande für ihr langjähriges soziales Engagement, Lesebotschafterin der Stiftung Lesen und moderiert seit Jahren die Vergabe der Hochschullehrerpreise durch den Deutschen Hochschulverband.

Termine:

5. Oktober 2021

6. Seniorenpolitische Fachtagung: „Mobil sein - neue Wege gehen“
Weitere Informationen folgen.

8. Oktober 2021

Einkommensrunde 2021: 1. Verhandlungsrunde
Mehr Informationen unter
www.dbb.de/einkommensrunde

1. und 2. November 2021

Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde
Mehr Informationen unter
www.dbb.de/einkommensrunde

27. und 28. November 2021

Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde
Mehr Informationen unter
www.dbb.de/einkommensrunde